

## A N T R A G

der CDU-Landtagsfraktion

betr.: Arbeitslosigkeit bekämpfen – Gesamtgesellschaftliche Verantwortung wahrnehmen

Der Landtag wolle beschließen:

Seit rund 10 Jahren ist die deutsche Wirtschaft durch eine ausgesprochene Wachstumsschwäche gekennzeichnet. Insbesondere die schwache Binnenkonjunktur ist die wesentliche Ursache für den spürbaren Rückgang der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung.

Die saarländische Wirtschaft entwickelt sich ausgehend von einem 2/3-Wachstum in den 90er Jahren seit Jahren wieder deutlich überdurchschnittlich. Dennoch kann die Arbeitsmarktsituation nicht zufrieden stellend sein: Über 50.000 Menschen im Saarland sind arbeitslos gemeldet, darunter über 30.000 Empfänger von ALG 2.

Alle gesellschaftlichen Gruppen und Institutionen sind daher aufgefordert, alle Anstrengungen zu unternehmen, die Arbeitslosigkeit wirksam zu bekämpfen und den Menschen berufliche Zukunftsperspektiven zu bieten. Nur durch ein gemeinsames Handeln von Bundesregierung, Landesregierung, Wirtschaft, Gewerkschaften, Kammern und Verbänden, Bundesagentur für Arbeit und den betroffenen Menschen selbst, kann die Situation auf dem Arbeitsmarkt verbessert werden.

### **Jugendarbeitslosigkeit**

Im Saarland betrug die Zahl der Arbeitslosen unter 25 Jahren im Juni 5.515. Gegenüber April ist das ein leichter Anstieg um 84 bzw. 1,5%. Gegenüber dem Vorjahresmonat hatte das Saarland bei den arbeitslosen Jugendlichen (unter 25 Jahren) mit -857 bzw. -13,4% einen gut durchschnittlichen Rückgang. Die Arbeitslosenquote in dieser Gruppe beträgt im Saarland 11%. Mit dieser Quote verbesserte sich das Saarland von Platz neun Ende der 90er Jahre auf den fünftbesten Platz im Jahr 2006 unter allen Bundesländern.

Ausgegeben: 11.07.2006

Der Landtag des Saarlandes begrüßt die Initiativen der Landesregierung, diese Quote weiter zu senken. Hierzu zählen:

- Initiative Ausbildung ist Zukunft;
- Landesprogramm „Ausbildung jetzt“;
- nachhaltige Förderung des Erwerbs des Hauptschulabschlusses;
- Förderung des Dualisierten Berufsgrundschuljahres;
- Förderung von Produktionsschulen.

Insbesondere das vom Wirtschaftsministerium vorige Woche vorgestellte neue Programm „Saphir“ bietet noch mehr jugendlichen Arbeitslosen neue Zukunftsperspektiven.

Der Landtag des Saarlandes fordert:

- alle Arbeitsgemeinschaften im Saarland auf, sich an dem Programm „Saphir“ zu beteiligen und damit eine aktivierende Arbeitsmarktpolitik insbesondere für benachteiligte junge Menschen unter 25 Jahren zu betreiben;
- die Landesregierung auf, die bestehenden Initiativen zur Ausbildung junger Menschen fortzusetzen;
- die Landesregierung auf, die rechtlichen Voraussetzungen zur Errichtung einer Landes-ARGE zu prüfen, um eine noch gezieltere Arbeitsmarktpolitik insbesondere für Jugendliche, Frauen, ältere Arbeitslose und Berufsrückkehrer betreiben zu können;
- die Landesregierung auf, die bestehende Saarland-Offensive für Gründer auf jugendliche Arbeitslose unter 25 Jahre auszuweiten und speziell auf diese Zielgruppe anzupassen;
- die beteiligten Partner am saarländischen Ausbildungspakt auf, sich weiterhin im Interesse der Jugendlichen zu engagieren;
- die Gewerkschaften und die Arbeitskammer auf, endlich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht zu werden und dem saarländischen Ausbildungspakt ohne Bedingungen beizutreten;
- die Wirtschaft auf, ihre Ausbildungsbereitschaft zu erhöhen und damit auch dem drohenden Facharbeitermangel in wenigen Jahren entgegenzusteuern.

### **Niedriglohnsektor – geringfügige Beschäftigung**

Seit der Neureglung der rot-grünen Bundesregierung im April 2003 hat die Zahl der geringfügig Beschäftigten in Deutschland und im Saarland deutlich zugenommen. Das Saarland bezieht seither keine Sonderstellung in Deutschland: So ist im Saarland seither die Zahl der geringfügig Beschäftigten um 15,6% gestiegen, in Westdeutschland um 18%.

Insbesondere Personengruppen, die anderweitig sozial abgesichert sind (Jugendliche, Rentner und verheiratete Frauen in der Mitte des Erwerbslebens) gehen einer geringfügigen Beschäftigung nach. Hierbei handelt es sich oft um eine zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeit, die anders nicht vorhanden wäre.

Geringfügige Beschäftigung leistet zudem einen Beitrag zur Bekämpfung der Schwarzarbeit.

Die Vorstellung, dass Minijobs nur Verdrängungseffekte bewirken, ist nicht korrekt; die spezifischen Regelungen der Mini- und Midi-Jobs generieren auch zusätzliche Beschäftigung, die unter den sonst üblichen Regeln nicht entstünde.

Der Landtag des Saarlandes stellt fest:

- dass der Niedriglohnsektor in die Zuständigkeit von Bundesarbeitsminister Franz Müntefering (SPD) fällt.

Der Landtag des Saarlandes fordert die Bundesregierung auf:

- die geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse bestehen zu lassen;
- im Bereich des Niedriglohnsektors für einen gerechten Lohn unter Berücksichtigung folgender Leitlinien zu sorgen:
  - o die Löhne der Beschäftigten dürften nicht ins Bodenlose fallen;
  - o es dürfen keine zusätzlichen Anreize für Schwarzarbeit geschaffen werden;
  - o die Löhne müssen für die Unternehmen finanzierbar bleiben;
  - o es dürfen keine zusätzlichen Belastungen für den Staatshaushalt entstehen.

### **Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung – Strukturelle Situation berücksichtigen**

Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse ging seit September 1999 um über 10.000 zurück. Mit einem Rückgang von 3,0 % liegt dieser Wert unter dem Bundesdurchschnitt. Gemessen an anderen Bundesländern, weist das Saarland den sechsten Rangplatz auf.

Der größte Teil des Beschäftigungsrückgangs ist auf die Entwicklung im Kohlebergbau zurückzuführen. Ohne diese Entwicklung hätte der Rückgang weniger als 5.000 SVB betragen. Damit hätten nur noch drei Bundesländer eine bessere Bilanz vorzuweisen.

Erwerbstätigkeit kann vielfältige Formen haben. Gemessen an allen Erwerbstätigen, zeigt das Saarland seit 1999 einen Zuwachs von 2,2 % und liegt damit trotz der strukturellen Probleme im westdeutschen Trend von 2,4 %. Dazu zählen neben dem Bergbau auch die hohe Einpendlerdichte und ein deutlicher Anstieg bei den Erwerbsquoten.

So lange soziale Sicherheit im Wesentlichen über die Belastung des Faktors Arbeit finanziert wird, wird der Abbau der Arbeitslosigkeit auch im Hinblick auf die Entwicklung des Weltarbeitsmarktes insbesondere für einfache Tätigkeiten in Deutschland immer problematisch bleiben.

Der Landtag des Saarlandes fordert daher:

- die Bundesregierung auf, den Faktor Arbeit weiter zu entlasten;
- die SPD-Bundestagsfraktion auf, im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung Elemente des Wettbewerbs und der Eigenverantwortung zuzulassen, um dadurch Kosten zu vermeiden. Dies würde die geplante Beitragserhöhung und somit Verteuerung des Faktors Arbeit überflüssig machen;
- alle gesellschaftlichen Gruppierungen auf, nicht nur mit absoluten Zahlen zu argumentieren, sondern auch die relativen Veränderungen und die Bevölkerungsentwicklung im Auge zu haben.

**B e g r ü n d u n g :**

Erfolgt mündlich.